





die Mittel, welche er für die Wahlagitation anwendet. Die „Vollzeitung“ berichtet darüber:

„Mit welcher verwerflichen Mitteln die hier sehr zahlreichen Beamten des Fürsten von Pleß die Wahlagitation betreiben, geht daraus hervor, daß bei Beginn der in dem benachbarten Ober-Lannhausen stattgehabten Holzauktion bekannt wurde, daß nur solche Käufer berücksichtigt werden sollen, die bei der Reichstagswahl dem Fürsten von Pleß ihre Stimme zu geben bereit seien. Nach beendigter Auktion wurde ein Register derjenigen Personen aufgestellt, denen man kein rechtliches Vertrauen schenken könne und welchen später der Verkauf von Holz zu verweigert sei.“

Wir sind zwar der Ueberzeugung, daß dieses verächtliche Treiben von der sogenannten „liberalen“ Partei gebilligt wird, denn der Fürst Pleß ist ja kein Freund der „Rothen“ und da kommt es nicht auf die Mittel an, mit welchen er gewährt wird, da ist er bei der kulturkämpferischen Lakaienchaft Bismarcks willkommen, mag er sonst so reaktionär sein, als er will. Indessen wird es doch gut sein, wenn unsere künftigen Abgeordneten im Reichstage diese Sache zur Sprache bringen und zeigen, wie diese ganze Gewaltthat von „Fürsten“, Grafen und Baronen, die da — ein Hohm auf das neunzehnte Jahrhundert! — als „Volksvertreter“ im Reichstage sitzen, sich ihre Mandate zu erschleichen wissen. Gehören doch solche Fossilien wie „Fürst“ Pleß und dergleichen längst in die historische Kumpellammer!

— „Der Herr Graf amüßirt sich.“ Wir haben die eminenten Wahlbeeinflussungen, die in Preußen angewendet worden sind, um die Wahl Delbrücks in den Landtag durchzusetzen, schon erwähnt. Der „Fürst“ selbst war es, welcher diese Wahl „wünschte“. Als nun dieser Tage der fortschrittliche Abgeordnete Berger (Witten) den Minister des Innern, Herrn Grafen Eulenburg, über jene Wahlskandale interpellirte, fand der Herr Graf diese Interpellation „sehr amüßant“! Camphausen und Regidi, als Rechenschaft über den Reptilienfond verlangt wird, sagen einfach: „Wir könnten es wohl, aber wir wollen nicht!“ Herr Eulenburg „amüßirt“ sich, wenn die unerhörtesten Wahlbeeinflussungen durch die preussische Regierung öffentlich zur Sprache gebracht werden. Nun, Jeder nach seiner Art! Es gibt ja Italiener, die in ihre Maccaroni spuden, damit kein Anderer Appetit nach denselben bekommt; warum sollen sich preussische Minister nicht über Wahlskandale „amüßiren“?

— Bazaine mag sich trösten. Außer der „vollständigsten Hochachtung“ des Prinzen Friedrich Karl hat er auch die „Achtung“ der Deutschen Armee! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ giebt ihm die frohe Botschaft in folgenden Worten (Nr. 292): „Dem Führer der tapferen Armee von Metz, dem Führer der den Siegern ebenbürtigen Soldaten von Thionville, Gravelotte und Roisville, bewahrt die deutsche Armee in seinem Unglück das Maß von Achtung, welches sie ihm in den Tagen des Kampfs niemals versagt hat.“ Es ist dies auch ein Commentar zum Capitel von der Offizierslehre. Daß übrigens das Bismarcksche Leiborgan mit dem Biedermann Bazaine sympathisirt, ist um so mehr am Platz, als Fürst Bismarck durch seine — Ausplaudereien in der Unterredung mit Jules Favre die Verurtheilung des Marschalls zu einer gebieterrischen Nothwendigkeit gemacht, ihm so recht eigentlich den Strid gedreht hat.

Da wir gerade bei dem Capitel „Offizierslehre“ sind — der begnadigte Pimp Bazaine war ja auch ein Offizier und dabei ein sehr „hoher“ — so wollen wir uns etwas länger damit beschäftigen und an einem Beispiel beweisen, in welcher mannigfaltigen Erscheinung diese Art von „Ehre“ öfters zu Tage tritt. Ein früherer Pionier-Feldwebel zu Danzig, Löwner mit Namen, hat in Pensionangelegenheiten gegen seine früheren Vorgesetzten, den Hauptmann Grassunder und den Premier-Lieutenant Menzel eine Beschwerde eingereicht. In dieser Beschwerde hieß es unter Anderem:

„Während des Gefechtes am 7. October 1870, welches um 1 Uhr Mittags begann, stand die 3. Compagnie bis gegen Abend auf der Straße des Dorfes Méjères unter dem Hauptmann Grassunder und Premier-Lieutenant Menzel, da überbrachte ein Adjutant den Befehl zum Vorrücken nach St. Remy. Der Hauptmann Grassunder nahm denselben in Empfang, ging damit in seine Wohnung und meldete sich „plötzlich“ krank. Der Premier-Lieutenant Menzel theilte dieses der Compagnie mit und übernahm das Commando. Während des Vormarsches blieb Menzel aber hinter der Compagnie zurück,“ auch viele der Mannschaften verließen aus persönlicher Furcht die Sektionen, als die Granaten (aha!) vor uns einschlugen. Als er, Löwner, vom dem Verschwinden des p. Menzel Kenntniß erhielt, habe er die Compagnie geordnet und nach St. Remy zum General v. Blankensee geführt.“

Natürlich fühlten sich die beiden Ausreißer durch diese schwere Anklage an ihrer „Ehre“ beleidigt und es gab ein Gerücht, welches das Geschick übernahm, die beschimpfte „Offizierslehre“ wieder rein zu waschen. Gegen den Feldwebel Löwner wurde wegen „verleumderischer Beleidigung“ ein Strafantrag gestellt. Die Ehrabschwörung fiel indessen sehr übel aus, denn der Angeklagte lieferte den Beweis der Wahrheit für seine Angaben und noch mehr dazu. Er wies durch Zeugen nach, daß der Hauptmann Grassunder niemals den Befehl zum Laden der Gewehre gegeben habe und daß der „kranke“ Held, als es vorwärts gegen den Feind ging, sich mit Stiefeln und Sporen im Mantel auf ein Blindel Stroh gesetzt habe. Der Gerichtshof verurtheilte zwar den Feldwebel Löwner wegen der Form, in welcher seine Angaben abgefaßt waren, zu 10 Thirn. Geldstrafe, mußte aber Löwners Behauptungen als erwiesen anerkennen. Der Gerichtshof hat also als erwiesen angenommen, daß die beiden Offiziere Grassunder und Menzel die größte Feigheit vor dem Feinde gezeigt haben.

Wo bleibt denn da das „höhere Ehrgefühl“, welches nach der Theorie von Pösch-Roon bei den Offizieren „in höherem Maße“ vorhanden sein soll? Der Feldwebel Löwner ging muthig gegen den Feind vor, der Hauptmann und der Premier-Lieutenant rissen aus, als die Granaten geschoßen kamen. Erinnert man sich daran, daß einstens auch der bayerische Hauptmann Schöck, der mit der bayerischen Verdienstmedaille und dem eisernen Kreuze „geschmückt“ war, zu Nürnberg unter der Anklage der Feigheit vor dem Feinde vor dem Kriegsgerichte stand und trotz Freisprechung seinen Abschied nehmen mußte, bedankt man, daß der bayerische Lieutenant von Waldensfels wegen Feigheit vor dem Feinde zu 15 Jahren Festung verurtheilt wurde, nimmt man hinzu, daß der Flügeladjutant des Herzogs von Meiningen, ein gewisser Engel, wegen ganz gemeiner Verrätherien und Fälschungen dieser Tage in Haft genommen worden ist, so hat man ein eigenthümliches, aber nicht desto weniger bedeutungsvolles Bild von dem „höheren Ehrgefühl“ so mancher Offiziere!

— Und da sage man noch, es gäbe im heiligen deutschen Reich keine Sklaverei mehr; wer die folgende Nachricht liest, wird andern Glaubens werden: Das Obertribunal (natürlich in Berlin) hat in einem streitigen Falle die Entscheidung erlassen, daß die Vorschrift des § 77 der Gefolgsordnung (Wiewiel Paragraphen hat denn diese Sklavereivorschrift? Red. v. B.): „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern,“ durch das preussische und deutsche Strafgesetzbuch weder aufgehoben noch modificirt ist.

Nach dem deutschen Strafgesetzbuch ist die Prügelstrafe in Gefängnissen und selbst Buchhäusern aufgehoben, jede beliebige Privatperson aber hat das Recht, vor wie nach einem in seinen Diensten stehenden sogenannten „freien“ Arbeiter oder Arbeiterin, wenn sie als „Dienstbote“ gelten, im „Zorn“ zu prügeln. Wie wäre es, wenn Herr Lasler und Consorten, die eben im preussischen Abgeordnetenhaus wieder flott in „Culturkampf“ machen, ein aller Kultur und Civilisation so hochsprechendes Gesetz wie das Dienstbotengesetz in Angriff nähmen und beseitigten? Aber dazu haben diese parlamentarischen Wackweiber weder Lust noch Zeit.

— Biedermännisch. Der Chefredacteur der hiesigen „Alldeutschen Zeitung“ schreibt über den Ausgang des Bazaine'schen Prozesses u. A.: „Wie man aber auch über diesen Ausgang des Prozesses Bazaine denken möge, Eins ist unbestreitbar und wird wohl (!) selbst von den geschiedteren (geschiedter als wer?) Franzosen zugegeben; dieser ganze Prozeß war von Anfang an ein großer Fehler, wofür ihn auch, wie man hört, Thiers sogleich erklärt hat. Denn in und mit Bazaine, ja noch viel zweifelhafter(?) als er, ist die namenlose militärische und politische Mißwirtschaft der Franzosen in dem für sie so verhängnißvollen Kriege durch die Enthüllungen dieses, vor den Augen der ganzen Welt geführten Prozesses verurtheilt und in ihrer vollen Blöße hingestellt worden.“ Wir hatten immer gedacht, rüchichtslose Deffentlichkeit sei das beste Mittel zur Beseitigung vorhandener und zur Verhinderung künftiger Mißwirtschaft, und wenn wir uns nicht sehr irren, war das auch ein halbes Jahrhundert lang Glaubenssatz des deutschen Liberalismus — aber das ist schon lange her.

— Nicht nur die Leipziger Wähler haben sich zu beklagen über den unerhörtesten Schandrian, der bei Anfertigung der Wählerlisten zu Tage tritt, sondern auch von verschiedenen anderen Orten gelangen derartige Beschwerden an die Deffentlichkeit. Wir heben nur ein bedeutendes Beispiel hervor — Berlin. Der „Neue Sozialdemokrat“ beschwert sich in seiner Nr. 145, daß eine Masse von Arbeitern, die in Kellern, Hinterhäusern, im Erdgeschoß oder im vierten Stock wohnen, einfach gar nicht aufnotirt worden sind, während man sie bei der Eintreibung von Steuern sehr genau und sehr pünktlich aufzufinden gewußt hat. Sollte denn der Executor eine schärfere Spürnase haben, als andere Leute? Ueber die Hälfte der Berliner Wähler soll gar nicht notirt worden sein, so daß sogar nationalliberale Blätter wie die „National-Zeitung“ sich über solche Ungeheuerlichkeiten beschwerten.

Entweder verfolgt man durch dieses Verfahren ein System, um die Stimmen des arbeitenden Volkes so viel als möglich von der Wahlurne fern zu halten, oder es herrscht in der That nur ein beispielloses Schandrian vor. Ist letzteres der Fall, so wäre der Beweis geliefert, daß gewisse Behörden den Anforderungen ihrer Amtspflicht nicht gewachsen sind. Wer will es uns verübeln, wenn in uns eigenthümliche Gedanken aufsteigen, in uns, die wir seit unserem Befehlen von den Gegnern mit allen Mitteln, die schlechtesten und gemeinsten nicht ausgeschlossen, verfolgt worden sind?

Nun, wir werden uns unserer Haut wehren und unsere Interessen vertheidigen, so gut wir eben können.

Auf den famosen Wahltermin, Sonnabend den 10. Januar im Jahre der wöchentlichen Lohnauszahlung 1874 werden wir in nächster Zeit zurückkommen und untersuchen, welche Absichten an „maßgebender Stelle“ bestimmend gewesen sein mögen, als man gerade diesen Tag als Wahltermin herausuchte.

Wir hoffen klar zu legen, ob dem Betragen unserer Gegner und der Behörden während der Wahlperiode ein wohlbedachtes System, ein langausgedachter Plan zu Grunde liegt oder nicht.

— Ein „Agitator“ der Hasselmänner, Georg Winter, schreibt in der letzten Sonntags-Nummer des „Neuen“ aus Ottenen d. d. 10. Dezember: — „Laßt Euch nicht beirren von den wenigen Anhängern der „Eisenacher“, welche die Wahl des Dr. Theodor Griebel, des Leiters der Augustenburger Partei, betreiben. Dieser Dr. Griebel empfiehlt in Altona den nationalliberalen Dr. Scheiden. (Ein Augustenburger-Particularist, der einen „National-liberalen“ empfiehlt!) Das giebt am meisten Klarheit. Griebel steht in ökonomischer Beziehung auf dem konservativen Standpunkt.“ — Daß „Anhänger der Eisenacher“ für einen Dr. Griebel (oder wie dieses ungeheuerliche Ding von einem Augustenburger, der nationalliberale Politik treibt und den konservativsten Standpunkt hat, sonst heißen möge — denn der Name „Griebel“ ist uns bis dato noch niemals zu Ohren gekommen) — also daß „Anhänger der Eisenacher“, das heißt Mitglieder unserer Partei, für dieses oder ein ähnliches Individuum Wahlpropaganda machen, ist natürlich vom saubern Herrn Georg Winter erlogen.

Da wir gerade beim „Neuen“ sind, sei noch erwähnt, daß ein von Töleko gezeichnetes Leitartikel: „Auf zur Wahl! in derselben Nummer sich nicht bloß an die Arbeiter, sondern auch an die — Kleinbürger wendet! („Böblan Arbeiter und Kleinbürger Deutschlands!“) Und den „volksparteilichen“ Eifer so weit treibt, daß er sich mit dem Kleinbürgerthum, d. h. politisch ausgedrückt der „bürgerlichen Demokratie“ oder „Volkspartei“ auf gleichen Boden stellt, indem er ausruft: „Zur Abwehr der Gräfte unserer gemeinsamen verbündeten Gegner ist nichts weiter erforderlich, als daß ihr (Arbeiter und Kleinbürger) am Tage der Wahl mit uns vereint (da die Arbeiter sich doch nicht mit sich selbst vereinigen können, müssen nach T. die Hasselmänner keine Arbeiter sein, was allerdings richtig,) an die Wahlurne tretet und euere Stimmen dem Arbeiterkandidaten gebt.“ Also laßt's Euch gesagt sein, ihr Kleinbürger, stimmt für die Hasselmänner, wie es der Töleke verlangt, oder — der Töleke ist da!

— Verschnappt. Die Dresdner „Constitutionelle Zeitung“ schreibt's und der geistreiche Hüttner im „Leipziger Tageblatt“ druckt's nach, daß wir „jämmerlich wigelnd“ den Kultusminister Fald als den „Molke des Culturkampfes“ bezeichnet hätten. Beide wissen nicht, daß diese Bezeichnung eine Schmeichelei sein soll und von der liberalen Partei im preussischen Landtage für den Kultusminister ausgesprochen worden ist. Wir haben durchaus Nichts

dagegen, daß diese Bezeichnung eine „jämmerliche Wiggerei“ ist und bedauern herzlich die armen Scheeren-Redacteurs, die so sehr in den Banden der Ignoranz schmachten, daß sie ihrer eigenen Partei „aus Versehen“ so grobe Faustschläge versetzen.

## Gewerksgenossenschaftliches.

Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft.

In unserer Sitzung vom 4. d. M. haben wir den Beschluß gefaßt, die Generalversammlung, welche für die Weihnachtswochen nach Hof in Bayern einberufen war, zu vertagen, weil die in diese Zeit fallende Reichstagswahltagitation große Anforderungen an die Thätigkeit unserer Mitglieder stellt. Der diesbezügliche Antrag Wolfenbüttels vom 17. v. M. hat hierdurch seine Erledigung gefunden.

Weiterhin wurde der Beschluß gefaßt, daß der Termin für die anderweitig anzuberäumende Generalversammlung in die erste Hälfte des Februars kommenden Jahres verlegt werden soll.

Bei dieser Gelegenheit werden die Mitgliedschaften zugleich dringlichst ersucht, ihre Abrechnungen sobald als möglich einzu-senden, damit die Kasserverhältnisse mit Abschluß des Jahres geordnet erscheinen.

Crimmitschau, 12. Dezember 1873.

Die Vorstandsverwaltung der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.  
Im Auftrage: S. Kwasienski, erster Schriftf.

## Correspondenzen.

Leipzig, 12. Dezember. Zu was für einer Sorte von „Liberalismus“ der neuerdings wieder als Candidat für den Reichstag seitens der „Liberalen“ aufgestellte Vicebürgermeister Dr. Stephani hinneigt, möge eine einzige Thatsache beweisen. Dr. Stephani hat bisher consequent in allen Reichstags-sitzungen gegen Bewilligung von Diäten gestimmt, er war sogar unter allen „liberalen“ sächsischen Reichstagsabgeordneten der einzige, der dies gewagt. Ganz abgesehen davon, daß bei allen wichtigen Fragen ohne Ausnahme Stephani reiner Regierungsmann war, nie ein oppositionelles Gelingen empfand, sollte diese Thatsache allein schon hinreichen, den Mann für die künftige Wahl unmöglich zu machen. Aber diese Abstimmung gegen die Diäten erhält noch eine eigenthümliche Beleuchtung dadurch, daß Vicebürgermeister Dr. Stephani seine 3000 Thlr. jährlichen Gehalts auch ruhig fortbezogen hat, während der vielen Monate, da er in Berlin war und sein Amt nicht versehen konnte. So hat also die Stadt Leipzig ihm die Diäten bezahlt und zwar mit nahezu 9 Thalern täglich. Da darf man sich nicht wundern, daß Hr. Stephani so tapfer in einer Frage stimmte, die für ihn keine Frage war. Wir aber richten an Leipzigs Wählerschaft die Frage, ob sie noch ferner sich auf städtische Kosten durch einen Mann vertreten lassen will, der durch seine ganze Haltung auf dem Reichstag sich als Reactionär und Volksfeind gezeigt hat?

Neufellerhausen. Montag, den 15. Dezember fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Hauptsächlich referirte über den Reichstag und die bevorstehenden Wahlen. An der Debatte theilnahmen sich verschiedene aus Leipzig anwesende Parteigenossen. Nachdem der Vorsitzende Stelzer über die Candidatur Johann Jacoby's hatte abstimmen lassen und diese einstimmig angenommen worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Zwickau, 8. Dez. Im großen Saale des Deutschen Hauses fand gestern eine von ca. 600 Personen besuchte Bergarbeiter-Versammlung statt. Es handelte sich um Gründung einer Bergarbeiter-Genossenschaft. Die Anregung zur Errichtung eines solchen Vereines war schon früher von den Arbeitern der Bürgergewerkschaft ausgegangen und man hatte zur Einleitung der nöthigen Schritte ein Comité niedergesetzt. In der gestrigen Versammlung wurde nun über den derzeitigen Stand der Sache Bericht erstattet, aus welchem sich ergab, daß das Comité von einem auswärtigen Sachwalter hat Statuten ausarbeiten lassen, welche der Gerichtsbehörde behufs Eintragung des Vereines ins Genossenschaftsregister vorzulegen. Die Statuten wurden sodann in der Versammlung vorgelesen. Nach diesen Statuten soll der Verein den Namen „Genossenschaft der Gruben- und Tagearbeiter in Zwickau“ führen, die juristische Persönlichkeit erwerben und seinen Sitz in Zwickau haben. Zweck der Genossenschaft ist: Wahrung und Förderung der Interessen der Mitglieder durch wissenschaftliche Vorträge, Discussion, statistische Erhebungen und Gründung einer Invaliden-, Kranken- und Unterstützungskasse. Die Mitgliedschaft kann jeder selbständige Mann erlangen, welcher in der Grube oder über Tage arbeitet. Das Eintrittsgeld soll 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mgr. und der monatliche Beitrag 5 Mgr. betragen. Jedes Mitglied soll thätig sein für Sicherstellung einer genügenden Unterstüzung bei Arbeits-unfähigkeit, für gesetzliche Regulirung der Haftbarkeit der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern, für gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Ein- und Ausfahrt mitgerechnet, und für Ersetzung des Stücklohnes (Bedinge) durch Schicht- oder Tagelohn. — Die Angelegenheiten der Genossenschaft sollen durch einen Ausschuss, eine Controlcommission und die Generalversammlung geleitet werden. Der Verein soll den Theilnehmern auch Schutz gewähren bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Bei solchen Streitigkeiten soll eine Anzeige des betreffenden Arbeiters bei dem Vorsitzenden des Ausschusses der letztere entscheiden, ob sich der Arbeiter im Rechte befindet, welchen Falles der Arbeiter so lange, bis er ein anderweites Unterkommen gefunden hat, eine entsprechende Unterstützung erhalten soll. — Dies sind im Allgemeinen die Grundzüge der vorgelegten Statuten. Dieselben fanden die Billigung der Versammlung und es wurde von verschiedenen Seiten zu reger Theilnahme an der Genossenschaft Seiten der Bergarbeiter des hiesigen Kohlenreviers eindrucklich aufgefordert, wobei noch bemerkt wurde, daß der Anschluß an die Genossenschaft entweder von den einzelnen Arbeitern sofort erklärt werden könnte, oder später bis zu einem bestimmten Zeitpunkte, welcher nach Eintragung der Genossenschaft ins Genossenschaftsregister noch näher bekannt gemacht werden sollte, von der ganzen Knappschaft eines Kohlenwerkes gemeinschaftlich.

(Z. T.)

Aus dem 19. sächsischen Wahlkreis. Wie überall, so ist auch hier die Agitation zur bevorstehenden Reichstagswahl im besten Gange. Ueberall regt es sich und wird von den Gesinnungs-genossen Alles daran gesetzt, diesmal zum Siege zu gelangen. Selbst das Letzte wird von den Aemtern daran gesetzt, einen Abgeordneten, der die Noth der hiesigen Bevölkerung kennt und für



Besserung derselben einzutreten gewillt ist, in den Reichstag zu schicken. Nach dem Siegestaumel, welcher bei der im Jahre 1871 stattgefundenen Wahl herrschte, ist eine allgemeine Ernüchterung eingetreten. Der bisherige Vertreter unseres Bezirks, Dr. Windwig, hat durch sein Verhalten im Reichstag nicht wenig dazu beigetragen. Nicht ein einziges Mal hat er es der Mühe für werth gehalten, das hier oben herrschende Elend an der Stelle, wo er versammelt war, für das Wohl und Wehe seines Bezirks einzutreten, zur Sprache zu bringen; nicht ein einziges Mal hat er Rechenschaft über seine Handlungen im Reichstag abgelegt. Die hiesigen Arbeiter sind daher nicht mehr willens, sich für das Interesse der Besitzenden als Stimmvieh benützen zu lassen. Dies haben auch die Segner begriffen. Die Zeiten sind vorüber, wo die „gebildeten Herren“ durch allerhand schöne Phrasen das Elend des Volkes zu verdecken suchten. Sie beschränkten ihre politische Thätigkeit darauf, am Bierisch über die sozialdemokratischen Wähler und Deger zu schimpfen, die Versammlungsplakate herunter zu reißen, Leute anzufassen, welche unsere Versammlungen stören u. s. w., während es Reinem einfällt, und in öffentlicher Versammlung zu widerlegen. Angesichts der in Aussicht stehenden Niederlage beschränkt man sich darauf, durch andere Mittel den Sieg des Proletariats zu vereiteln. Folgende Thatfachen liefern den Beweis hierfür: Mittwoch, den 10. Dez., begaben sich die Parteigenossen Ehrentraut und Lorenz zu Stollberg nach dem Rathhause, um Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Der Name Lorenz war nicht zu finden. Ehrentraut, der von mehreren Andern den Auftrag hatte, nachzusehen, ob sich ihre Namen in der Liste befinden, und schon beim ersten Einblick Etlische vermisse, wird vom amwesenden Polizeiwachmeister bedeutet, daß er nur nach seinem Namen zu sehen habe. Ersterer macht denselben auf das Gesegwidrige seines Einwendens aufmerksam, erhält aber die barsche Antwort: Sie haben mir keine Vorschrift zu machen. Unterzeichnet, von diesem Vorfall in Kenntniß gesetzt, begiebt sich ebenfalls nach oben erwähntem Lokal und verliest dem 2. Wachmeister, dessen Keugeres schon keinen Zweifel über sein Betragen aufkommen läßt, § 2 des Reglements zum deutschen Reichswahlgesetz, der folgendermaßen lautet: Die Wählerliste ist zu Jedermanns Einsicht mindestens 8 Tage lang anzulegen u. c. Der zuerst darüber verdächtige Wachmeister fällt bald wieder in seine vorher gespielte Rolle zurück, die allerdings höchstens einem Bauern, dem das zweierlei Tuch noch einen heiligen Schreden einflößt, schüchtern machen kann, und gibt die schon bekannte Antwort: Sie haben mir keine Instruction vorzuschreiben. Nachdem Unterzeichneter seine Bewunderung ausgesprochen, daß die Instruction eines Polizeiwachmeisters über dem Reglement des Reichswahlgesetzes stehe, und gefragt, ob Stollberg nicht zum deutschen Reiche gehöre, verläßt er das Lokal, versprechend, höheren Orts Beschwerde einzureichen. Der Hr. Bürgermeister, davon in Kenntniß gesetzt, hat eine mehr unparteiische Stellung eingenommen und dann auch, wie es scheint, den Herren Wachmeister, der durch diese staatsretterische Handlung sich vielleicht schon im Besitz eines Ordens glaubte, eines Besseren belehrt, denn schon Tags darauf war dieser sehr zuvorkommend und frug sofort, als ein Parteigenosse seinen Namen suchte, ob er noch nach Wehren sehen wollte. Ein Vorgehen, wie das eben geschilderte, wäre allen Parteigenossen zu empfehlen. Denn schon lam Aehnliches in Neustädte vor, man hat dort ebenfalls die Einsicht für Mehrere verweigert. Der schönste Fall ist in Oberschlerna passiert. Dort hat man, wahrscheinlich Arbeitersparnis halber, gleich die Wählerliste von 1871 angelegt. Daß diese für heute nicht mehr taugt, ist selbstverständlich. Dies die Kampfesweise unserer Segner. Es fällt uns gar nicht ein, zu behaupten, daß absichtlich Namen aus der Liste weggelassen werden; sind wir aber angesichts solcher Thatfachen nicht berechtigt, anzunehmen, man wolle auf diese Art und Weise den Sieg des arbeitenden Volks, welches hier oben noch mehr wie anderwärts die Wehrheit repräsentiert, vereiteln? Ist uns dadurch nicht der Beweis geliefert worden, daß Beamte, welche von den vom Volke sauer verdienten Groschen bezahlt werden, statt unparteiisch zu sein, das Interesse der Besitzenden vertreten? Doch wir kennen unsere Pappentruer. Selbst an den Orten, wo früher der Arbeiterstand dies Alles ruhig mit ansah, rührt es sich jetzt. Merkt Euch das, Ihr Herren Bourgeois und rüchlichen Beamten. Wir werden Eure Verlogenheit in die Welt hinaus verkünden, daß es in allen Ecken und Enden widerhallt und Euch die Ohren gelien sollen. Der Tag wird kommen, wo wir Abrechnung halten. Unsere Erwiderung auf dergleichen Maßregeln wird vorläufig sein: die Wahl des wackeren Vorkämpfers für Freiheit und Volkswohl: W. Liebknecht.

Stad auf zur Wahlkloster! J. A.: F. Rauert. Freiberg, den 16. Dezember. Wir fahren heute in unserem Berichte über die Wahlagitation im hiesigen (neunten sächsischen) Kreise fort. Für vergangenen Dienstag war eine Versammlung für Halsbrüde in Aussicht genommen, einem Dorfe, 1 Stunde von Freiberg entfernt, das 1600 Einwohner zählt und unter denen die Bergarbeiter die zahlreichsten sind. Während Parteigenosse Wahl am Montag früh die Einladungen von Haus zu Haus besorgte, übergab ich die Versammlungs-Anzeige beim Gerichtsamt Freiberg. Der diese Sache überhabende Polizeiamtsschreiber Bochmann wollte die Anzeige aber nicht für rechtsgültig ansehen, weil der Einberufer, Bergarbeiter Dieze, nicht selbst erschienen sei, um die Anzeige zu übergeben. Dieser in seinem Betragen grobe und ungeschliffene Mensch von einem Beamten wollte sich auch nicht belehren lassen, daß die persönliche Anwesenheit zur Uebergabe einer Versammlungs-Anzeige gar nicht notwendig sei, daß jeder Einberufer dies ebensogut durch die Post oder einen andern Beauftragten abmachen lassen könnte. Ich ließ mich hierauf beim Gerichtsamtmann Hertel anmelden, bei dem ich mich über das ungerechtfertigte Verlangen des Assessor Bochmann beschwerte, gleichzeitig angehend, daß der Einberufer Einwohner von Halsbrüde und dispositionsfähig, auch im Besitz der politischen Ehrenrechte sei. Gerichtsamtmann Hertel erwiderte mir darauf nur, daß sei noch nicht maßgebend, damit könnte auch Schwindel getrieben werden und verhehlte durch noch andere Kennerungen seinen Aergir über die betriebene Wahl-Agitation unter den Arbeitern nur schlecht, er verlange eben, daß jeder Einberufer selbst an Gerichtsstelle komme, um die Versammlungs-Anzeige zu übergeben. Auf meine Einwendung, daß die Arbeiter das auszuführen nicht im Stande seien, da die Ortshaupten mitunter bis zu 2 Stunden von Freiberg entfernt seien, die Arbeiter also beinahe einen Tag Arbeitszeit opfern müßten, um ein ihnen durch das Gesetz gewährleistetes Staatsbürgerrecht auszuüben und daß dies im betr. Gesetz nicht verlangt werde, erwiderte mir Gerichtsamtmann Hertel, der zugleich Wahlkommissar für den hiesigen Wahlkreis ist: Wenn die Arbeiter nicht selbst kommen können, dann sollen sie keine Versammlungen abhalten. Mit den Worten: Was da unten geschieht, (nach der niederen Etage, woselbst der Alles verschlingende Assessor Bochmann haust, zeugend) ist von mir angeordnet, war ich entlassen. Daß ich ihn daran erinnerte, er sei Wahlkommissar und

habe als solcher darauf zu sehen, daß jede ungeschliffene Beeinflussung bei den Wahlen unterbleibe, wollte dem Herrn Gerichtsamtmann durchaus nicht passen, denn er entgegnete mir, daran hätte ich ihn nicht zu erinnern. Allein vor uns Socialdemokraten sinkt selbst der Nimbus, mit dem sich ein Freiburger Gerichtsamtmann umgibt, in den Staub und ich erinnerte ihn doch an seine Schuldigkeit! Es war mittlerweile Mittag geworden, die Zeit drängte also, und ich war bereit, mich für diesmal dem ungerechtfertigten Verlangen der Polizei zu fügen, um die Versammlung überhaupt abhalten zu können. Ich eile nun nach Halsbrüde, um den Einberufer mit auf das Gericht zu nehmen, allein der war leider nicht zu Hause und augenblicklich auch nicht zu erreichen. Ich eile nun von Haus zu Haus, um einen neuen Einberufer zu erlangen, denn seitdem der berüchtigte Fritz Wende in dieser Gegend gewüthet hat, ist Alles außer Rand und Band und nur mit der größten Mühe sind die Anknüpfungspunkte zu neuem Wirken wieder zu gewinnen. Nach 3stündigen vergeblichen Bemühungen gelang es mir endlich, einen Mann zu veranlassen, die Anzeige zu unterschreiben und mit auf's Gericht zu gehen. Anstatt daß nun Assessor Bochmann dem Gesetz entsprochen und sofort eine Bescheinigung über die erfolgte Anzeige ausgestellt hätte, arbeitete er so lange an dem Manne herum, bis dieser Hufenschuß erklärte, er wolle die Versammlung nicht einberufen. Wohl eine Stunde lang hatte der Assessor Bochmann diesen Mann beeinflusst, um die Abhaltung der Versammlung zu hintertreiben. Am andern Tage, an dem die Arbeiter-Versammlung tagen sollte, kommt nun der erste Einberufer Dieze selbst und präsentirt sich dem Assessor Bochmann und nun verweigert dieser Letztere die Bescheinigung auszustellen, weil Dieze nicht mindestens 24 Stunden vor dem beabsichtigten Zusammentritt der Versammlung erschienen sei, während dem Beamten die Anzeige doch schon am Tage vorher eingereicht worden war.

Gleichzeitig wurde dem Wirth, in dessen Saal die Versammlung tagen sollte, durch das Gericht angezeigt, er müsse 50 Thlr. Strafe zahlen, wenn er Abends in seinem Saale Licht machen werde.

Parteigenosse Wahl und ich gingen trotzdem nach Halsbrüde und erzählten den in der Gaststube amwesenden Arbeitern das Thun und Treiben der Beamten in dem Freiburger Gerichtsamt, vertheilten Volksstaate und gaben bekannt, daß nun die Versammlung bestimmt am Sonntag Nachmittag stattfinden werde.

Der Wirth Helbig, bei dem die Versammlung tagen sollte, unterschrieb sich nun selbst als Einberufer, ließ sich auch vom Ortsrichter bescheinigen, wer er sei, und daß er im Vollbesitz seiner Ehrenrechte u. s. w. sich befände. Als ich nun am Sonnabend die Anzeige auf's Gericht bringe, erklärt mir der Assessor Bochmann, er glaube nicht, daß Helbig die Unterschrift selbst gefertigt habe. Auf meine Entgegnung, daß der Ortsrichter ja ausdrücklich bescheinigt habe, daß Helbig die Unterschrift selbst vollzogen habe, erwiderte Assessor Bochmann, dem Ortsrichter zu glauben sei er nicht verbunden und wies mich ab, Helbig solle selbst kommen. Wieder ließ ich mich beim Gerichtsamtmann Hertel melden, aber der ließ mir durch den Diener sagen, er sei beschäftigt und habe keine Zeit, mich anzuhören. Obwohl nun Niemand mit dem Amtmann conferirte, erklärte ich mich bereit, zu warten, bis der Amtmann Zeit habe, da ich mich über den Assessor Bochmann beschweren wollte. Der Diener überbrachte dies dem Gerichtsamtmann Hertel, aber ohne Erfolg, wieder ließ er mir sagen, was da unten geschehe, sei von ihm angeordnet, ich solle mich an den Assessor Bochmann wenden. Noch einmal gehe ich zu dem Letzgenannten und frage: Werden Sie mir eine Bescheinigung geben? — „Nein!“ — „Die Versammlung ist aber angemeldet.“ — „Nein.“ — „Sie haben die Meldung ja in der Hand! Die Versammlung wird also stattfinden.“ — „Nein, sie wird nicht stattfinden.“ — Und mit dem Fuße aufstampfend, sagte ich: „Sie finden es statt!“ und entfernte mich, denn ich hatte es unendlich satt, mich nach den Launen dieses Beamten zu richten. Der ungeschliffene Widerstand, den die Polizeibehörde leistet, sagte ich mir, muß gebrochen werden. — Und die Versammlung hat gestern Nachmittag getagt und ist günstig verlaufen. Die Arbeiter waren zahlreich erschienen. Ich referirte ungefähr in fünfviertelstündiger Rede über die Reichstagswahlen mit gutem Erfolg. Die Polizei ließ sich nur auf einen Augenblick in Gestalt eines Gendarmen sehen, der sich aber sofort wieder entfernte, ohne auch nur den leisesten Versuch zu wagen, uns zu stören.

Ähnlich, wie bei dieser Versammlung ist es uns gegangen mit einer Versammlung in Großschirma, einem Orte von 1700 Einwohnern, die am Donnerstag Abend tagen sollte, ich habe dort ebenfalls, entgegen dem Verbot der Polizei, gesprochen. Außerdem haben wir noch Versammlungen abgehalten Freitag in Wegesfahr, wo Wolf und ich referirten und am Sonnabend in Kleinwalthersdorf, wo Wolf allein thätig war.

Nach jedem Dorfe, in dem wir bisher Versammlung abhalten wollten, mußten wir 3 bis 4 Mal wandern und uns wegen der Chicanen der Polizei Tage lang versäumen. Aber das soll nun aufhören. In den nächsten Tagen werden wir hier in Freiberg eine öffentliche Versammlung abhalten, in der das Treiben des Wahlkommissars der Oeffentlichkeit zur Beurtheilung übergeben werden wird. Gleichzeitig ist auch meine Beschwerdeschrift an die Kreisdirection in Arbeit, aber ich vermüthe, daß die Wahlen schon vorüber sein werden, ehe die Entscheidung der Kreisdirection eintrifft, denn in solchen Angelegenheiten ist sofort zu entscheiden, das kann man von einer Behörde in Sachsen nach dem bisher Erlebten wohl nicht erwarten. Aus alledem werden die Parteigenossen erschen, mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, dazu kommt noch der Indifferentismus und der Stumpf sinn der Arbeiter im Freiburger- und Brandenburger-Bezirk, die nicht die geringste Ahnung davon zu haben scheinen, daß sie Menschen sind und die Gleichberechtigung fordern könnten. Wir werden Alles daransetzen, um die Massen aufzurütteln, um den jetzt noch todt und leblosen Körper des Brandenburger- und Freiburger Arbeiter-Bereins einzujlösen und über alle uns entgegenstehende Hindernisse hinweg zum Siege zu gelangen. Mit Gruß und Handschlag Adolph Uht.

Ueber einen weiteren Versuch, die Wahlagitation durch Berflümmung des Vereins- und Versammlungsrechtes lahm zu legen, berichtet uns R. A. Wolf:

Für Sonntag, den 14. war in Pottendorf bei Hainichen eine Versammlung einberufen und die Anzeige vorgelegt. Der „Herr“ Bezirksamtmann, welcher doch die Bescheinigung laut Gesetz „sofort“ auszustellen hatte, gab dieselbe „nicht“ her, unter dem Vorwande, er werde sie dem Einberufer zusenden. Im Gesetze heißt es aber: die Behörde hat „sofort“ die Bescheinigung auszustellen, es steht hier ebenfalls keine Sylbe, daß die Bescheinigung nur dem Einberufer zugustellen sei. Samstag Nachmittag jedoch kam der Amtsdienner in die Wohnung des Genossen, welcher die Anzeige präsentirte und machte demselben bekannt, die Bescheinigung könne bei dem andern Amtsdienner abgeholt werden.

Sonntag morgens verfügte sich der Betreffende zum Amtsdienner, woselbst er aber den sehr schönen Bescheid erhielt: Die Bescheinigung hat der Herr Amtmann unter Schloß und dieselbe wird, da sie gestern nicht abgeholt wurde, nicht ausgefolgt. Abends sollte die Versammlung stattfinden, es kamen die Arbeiter von allen Ecken und harrten in Erwartung der Dinge, die da kommen sollten und richtig sie kamen. Vor der noch anberaumten Zeit erschien ein Gendarm, besichtigte den Saal, ob derselbe auch im Stande sei, die große Staatsgefährlichkeit, welche da stattfinden sollte, anzuhalten, forderte dann die Bescheinigung, von welcher er gut wußte, daß dieselbe entweder nicht ausgestellt wurde, oder hinter Schloß und Riegel lag, und da ihm dieselbe nicht vorgelegt werden konnte, untersagte er die Versammlung!!! O heilige Hermandad, erbarme dich doch aller deutschen E—hrenmänner! Der Arm des Gesetzes war im vollsten „Rechte“ und alle Proteste, welche von Seite der Arbeiter erhoben wurden, halfen nichts. Charakteristisch ist der Umstand, daß der Wirth trotz des sich ihm bietenden Geschäftsvorteiles auf einmal von einer später abzuhaltenden Versammlung nichts mehr wissen wollte und sich mit beiden Händen gegen ein solches Projekt wehrte. Ein solcher „Zwiespalt der Natur“ läßt sich eben nur durch das Vorhandensein diverser, harter Thaler erklären. — Nun ja, jeder Mensch macht gerne ein „eheliches“ und „ehrbares“ Geschäft.

Da wir sahen, daß gegen den anträtlichen Ullas und den Vertreter der Behörde nicht aufzukommen sei, zogen wir in geschlossenen Reihen ab.

Das ist die „Freiheit“ nach der „Einheit“, das ist der Respekt, welchen man dem § 17 des Reichswahlgesetzes angedeihen läßt. Die Genossen, welche Versammlungen einberufen, mache ich aufmerksam, ja nicht früher die Amtsstube zu verlassen, bis sie die Bescheinigung haben, denn sofort heißt nach den Begriffen aller denkenden Menschen nicht drei bis vier Tage. Es ist Pflicht des Beamten, sofort zu bescheinigen, und derselbe hat kein Recht, die Bescheinigung unter was immer für einem Vorwande vorzuenthalten.

Dienstag wird eine Versammlung in Robendorf stattfinden und es ist Sorge getragen, daß die Pappendorfer zahlreich erscheinen und die uns zugesagte Chikane spurlos an uns vorübergehe. Zu bemerken ist noch, daß Genosse Sonntag aus der „Chemnitzer freien Presse“ etwas vorlesen wollte, was jedoch vom Wirth und Gendarm verboten wurde. Sonntag ließ sich jedoch nicht irre machen und las trotz der Verbote der beiden E—delnden fort. — Das Vorgelegene fand bei den Amwesenden Anklang.

Mögen gewisse „Herren“ auch bemüht sein, auf den Verstand des Volkes einen Dämpfer zu setzen, es wird sich doch das, von den Pfaffen den Kindern gelehrt, angebliche „Wort Gottes“: Es werde Licht! bewahren.

Den Herren Amt- und anderen Männern aber empfehle ich ein fleißiges Studium der Gesetze, damit ähnliche Schwabenfreiche für die Zukunft unmöglich werden. Rudolf August Wolf.

Sainichen. Zur Wahlagitation. Ein moderner Salomon ist der Ortsrichter Lämmel in Gerstorf, welcher nebenher auch Schmiede-„Meister“ ist und in dieser Eigenschaft viel mit Pferden, Maultieren und Eseln behaft „Beschlagnam“ zu thun hat. Diese „Beschlagnampraxis“ hätte der eble Mann am 11. ds. Mis. auch von Herzen gern an meiner Benigheit in Anwendung gebracht und zwar aus folgendem Grunde. Am obbenannten Tage verfügte ich mich mit einem Arbeiter zu obenbenanntem Weltweisen, um behufs der Einberufung einer Versammlung für den mich begleitenden Mann ein Attest zu holen. Von dem „geehrten Manne“ wurden wir aber sehr ungnädig empfangen und derselbe wollte das betreffende Attest erst dann ausfolgen, wenn er, Salomon II., vom Amtmann dazu die Erlaubniß erhielte. Auf meine Anfrage, ob er denn die Gesetze kenne, antwortete der „Herr“ Richter: Ich kenne die Gesetze und habe „bessere“ Gesetze wie Sie, auch haben wir unsern liberalen Kandidaten und brauchen keinen Sozialdemokraten. Wir balgten uns mit dem „gebildeten“ Manne fast eine Stunde herum, doch er blieb bei dem stereotypen: I gib di paar Zeilchen nich har! Und richtig, er gab auch die Zeilchen nich har! Bravo Ortsrichter! Die Nachwelt wird dir Kränze winden!

Auch der Wirth wollte, um den Sozialdemokraten nicht auf die „Beene“ zu helfen, den Saal nicht „hargeben“, denn er befürchtete, daß die „paar kaputen Balken“ unter soviel Staatsgefährlichkeit brechen würden. Wenn aber mehrere 1000 Menschen springen und tanzen, da gehen die „kaputen“ Balken nicht zu Grunde. Wir danken Euch, ihr verbohrtten und vernagelten, mit einem Brett vor dem Hirnlasten versehenen D—enker für die Agitation, welche ihr unbewußt für unsere Sache in Scene setzt; unser Kandidat wird durchgehen trotz vernagelter Richter und noch vernagelterer Wirth. Carl Ferdinand Sonntag.

Neustädte. 13. Dezember. Im Saale des Karlsbader Hauses fand Donnerstag Abend eine von 3—400 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der als Referent Rauert aus Leipzig auftrat. Der Einberufer M. Köpel, Schuhmacher, von hier fungirte als Vorsitzender. Referent beleuchtete zuerst den Parlamentarismus im heutigen Staate in der deutschen Weise und hob besonders hervor, daß derselbe in seiner heutigen Beschaffenheit auf keine Weise die Wünsche des Volkes befriedigen kann, indem die jetzigen Parlamente und Landtage u. c. meist nur aus Grafen, Baronen und großen Rittergutsbesitzern beständen, denen die wahren Bedürfnisse des Volkes fremd und weit hinter ihren eigenen Interessen stehend erscheinen. Darauf nahm er die Herren Nationalliberalen derb auf's Korn und legte in der trefflichsten Weise die Zustände der heutigen Staaten, sowie die Uebelstände des arbeitenden Volkes aneinander, wobei er besonders die indirekten Steuern, die auf den Lebensbedürfnissen namentlich der Arbeiter ruhen, gedachte. Redner berührte alle Classen und ihre Stellung im heutigen Staate, von dem kleinen Handwerker, Arbeiter und Bergleuten u. c. bis zu dem höchsten Staatsbeamten und leistete hierin so Treffliches, daß wohl jeder der Amwesenden auf das Deutlichste unterrichtet worden, wie notwendig es sei, andere Verhältnisse zu schaffen. Er empfahl hierauf der Versammlung, den für den 19. Wahlkreis aufgestellten Candidaten Wilhelm Liebknecht in Hupertshaus, welcher schon früher einmal den Wahlkreis vertreten und ein treuer Kämpfer für des Volkes Recht und Wohlfahrt sei, und ersuchte alle Wähler, denselben ihre Stimmen zu geben und daß keiner der Wahl sich entziehen soll. Ferner beleuchtete er wie die fünf Milliarden vertheilt und angewendet worden sind. —

Da sich kein Segner zum Worte meldete, munterte Herr Rauert nachmals alle Arbeiter auf, sich alle recht rege an der Wahl zu beteiligen und endete unter großem Beifall. Hierauf wurde vom Vorsitzenden die Versammlung gegen 10 Uhr Abends geschlossen. M. Köpel.

Aus der sächsischen Oberlausitz (dem sächsischen Medienburg). Großschirma, 7. Dezember. Die Arbeiterbewegung und das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sowie die bevorstehenden Reichstagswahlen bildeten die Tagesordnung zu der



kräftigen, und zwei Lokalblätter annerkenten Volkserhebung, welche in dem geräumigen Saal des Gasthauses „zum grünen Baum“ abgehalten wurde und sehr zahlreich besucht war. — Für Großhändler war das jedenfalls etwas Neues und durchschwärmten schon vor Beginn der Versammlung die verschiedensten Gerüchte die Atmosphäre; z. B. von gewisser Seite beabsichtigtes Ständemachen etc. Die Versammlung wurde Nachmittags nach 3 Uhr durch August Wiliam eröffnet, Wendt (aus Kamenz) zum ersten, Pöge (aus Dresden) zum zweiten Vorsitzenden und Wiliam zum Schriftführer bestimmt. Kaiser aus Dresden referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung in gediegener Weise und erntete wiederholt und zum Schluss reichen Beifall, und wäre die Versammlung dem Anschein nach in schönster Ordnung verlaufen, wenn ein beträchtlicher Theil der sogenannten besseren Stände sich anständig, etwa so anständig wie es in der Regel Arbeiter thun, verhalten hätte. — Das Verhalten der Ständemacher in dieser Versammlung verdient aber umföhrer Beachtung, als ja gerade von dieser Seite nur zu oft den Arbeitern Unbildung, zunehmende Verwilderung und dergleichen mehr vorgeworfen werden. Gleich vor Beginn der Versammlung trat ein Fabrikant, welcher sich in eine Ecke der Galerie postirt hatte, das ihm Mögliche, um Ständal zu provociren, ein anderer Fabrikant im Parterre schien von Anstand, ganz abgesehen von parlamentarischer Ordnung, eine äußerst abweichende Meinung zu haben. Als der Referent gelegentlich über Kriege und dergleichen zu sprechen kam, konnte jeder vorurtheilsfreie Zuhörer sehr wohl auf den Gedanken kommen, im Parterre des schönen Saales „zum grünen Baum“ in Großhändler in Sachen habe sich ein feindlicher Indianerstamm postirt, der sein Kriegsgeheul beginnt! — Nun, man wolle vielleicht den Arbeitern, die ja bekanntlich sich erst Bildung verschaffen müssen, ehe sie sich unterstehen dürfen, über ihre Lage nachzudenken, ein Beispiel geben? —

Auch Gegner traten auf, um von ihrem Standpunkt aus das gehörte Referat zu widerlegen; infolge dessen entwickelte sich eine sehr interessante Debatte und trotz bedeutender Gewandtheit eines dieser Gegner bewies Referent doch schlagend seine Ausführungen. — Warum auch geben sich die Gegner der Sozialdemokratie nur so viel Mühe, die Arbeiter, von welchen sie annehmen mögen, das dieselben zur Erkenntnis ihrer Klassenlage noch nicht gekommen sind, von der radikalsten Strömung der Arbeiterbewegung abzuhalten? Doch nur im Interesse des gegenwärtigen momentanen die Erde beherrschenden Götzen, des Kapitals, dem man sich verzichtet zu haben scheint, vielleicht gegen gute Provision, Fetisch-Dienste zu leisten! —

Es warnte der gewandtere Gegner in dieser Versammlung die Arbeiter, wie er sich ausdrückte, in deren eignen Interesse dieselben nachdrücklich, nicht in die ausgeworfenen Reize des Sozialismus zu fallen! — Nun begreife das wer Lust hat. Daß der weitaus größte Theil der anwesenden Kleinmeister und Arbeiter aufmerksam hörten, bewies der Beifall, der den trefflichen Ausführungen der sozialdemokratischen Prinzipien durch den Referent zu Theil wurde, und lassen diese Prinzipien auch in Großhändler festem Fuß! — Durch fortgesetztes Ständaliren des größten Theils, der, möglicher Weise sich gar noch für gebildet haltenden, Gegner mußte die Versammlung, in welcher sich die bedeutend überwiegende Majorität für Weiterführung eben geäußert (Ein Theil der Parterre-Inhaber, welche sich wie Wilde benahmen, erhoben zwei Hände, stampften, brüllten etc., um die Versammlung zum Schluss zu bringen), geschlossen werden und konnte der zweite Theil der Tagesordnung nicht behandelt werden; doch hatte die Mehrzahl der Anwesenden gelegentlich der Debatte schon so viel gehört, daß Viele erklärten, nur für einen Arbeiter-Kandidat bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu stimmen! —

Nach Schluss der Versammlung begaben sich Kaiser, Pöge, Wendt und noch mehrere auf den Bahnhof, Ersterer, um mit wog zu fahren; da bis dahin noch Zeit übrig war, ging man in den Wartesaal, ohne eine Ahnung zu haben, daß derselbe von der Bourgeoisie von Großhändler und Umgegend, als ihnen besonders angehörend, in Besitz genommen sei; seitens der anwesenden Bourgeois wurden oben Genannte nicht nur beleidigt, sondern auch in eckel lämmelhafter Weise zur Thür hinausgebrängt; doch dürfte die Zeit nicht mehr allzufern sein, wo solche elegant gekleidete Lummel auf geeignete Art eines Besseren belehrt werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag  
J. R. Wendt.

**Neudorf, 12. November.** Am 26. November hatten wir eine Mitgliederversammlung einberufen, in welcher wir uns mit der Kandidatur zum nächsten Reichstag beschäftigten. Da von Seiten des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ der Präsident Hasenlever in unserem zweiten anhaltischen Wahlkreis aufgestellt ist, so forderte es Ehre und Pflicht, daß wir selbstständig einen Kandidaten in unserem Wahlkreis aufstellten, und zu diesem wurde mit Stimmenmehrheit Theodor Wegner aus Berlin gewählt, falls Herr Th. Wegner die Kandidatur annimmt. Natürlich wird für Wegner kein Sieg erfolgen, indem die Allgemeinen diesen Wahlkreis schon überwunden haben, und es uns an agitatorischen Kräften fehlt. Also wir wollen zeigen, daß wir den Congressschluß als die Parteistimme betrachten und ihn achten, zugleich fordern wir hiermit den Vertrauensmann in Harzgerode auf, uns umgehend seine Adresse zukommen zu lassen, damit wir ihm die nötigen Stimmzettel übermitteln können, auch werden wir dafür Sorge tragen, daß wir in Dröschhafen, wo wir bis jetzt noch kein Lokal zu Versammlungen haben bekommen können, Stimmen für unsern Kandidaten herausgeschlagen werden.

Zugleich muß ich hiermit noch in Ermahnung bringen, daß am 9. Dezember Herr Kamigann aus Eötzen uns mit einer Versammlung beschreiben wollte, zu welchem Behuf wir die Plakate zum Ankleben übersandt wurden. Die Rechnung war aber ohne den Wirth gemacht, ich lebte die Plakate nicht an, das verbietet mir das Parteinteresse. Herr Kamigann sprach in der Versammlung während auf und nannte es ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, daß ich die Plakate nicht angeklebt hätte, denn die Versammlung bestand gerade aus vier Personen. Wir hielten es an der Zeit, diesen Herrn die eigene Freiheit unter die Nase zu halten, und dauerte dieser Wortkampf (nicht Tödelknüppelkampf) zwei volle Stunden, wobei unser jetziger Vertrauensmann, welcher noch jung in der Bewegung ist, kräftig mit Theil nahm. Nachdem wir Herrn Kamigann die vielen Unthaten, die von seinen Gefinnungsgegenossen gegen uns verübt worden waren, entgegengehalten, empfahl er sich mit dem Versprechen in vierzehn Tagen wieder kommen zu wollen, falls wir Sorge tragen würden, daß die Plakate, welche sie selbst anheften würden, nicht heruntergerissen würden. Wir versprachen, dafür zu sorgen, daß diese Versammlung überaus stark besucht werden sollte und daß wir nicht mit Tödelknüppel, sondern mit dem gefunden Verstande kämpfen würden. Wenn er es aber dennoch für gerathen erachte, uns mit der Candidatur des Herrn Hasenlever zu beschreiben, so könnte er noch mehr zu hören be-

kommen. Aufschreien hat Herr Kamigann Neudorf verlassen, mag er nur kommen, wir warten ihn. G. Kamigann.

**Billingen.** (Fabrikanten Spiegel.) Nicht genug wissen unsere großen und kleinen Bourgeoiszeiten immer von dieser oder jener „edlen“ That der Herren Fabrikanten zu erzählen, wenn sich doch ein moderner Sklavhalter einmal bewogen fühlte, seinen Arbeitern um ihr schweres Geld Lebensmittel etc. zu verschaffen. Wohlweislich hütten sich aber diese literarischen Dufschlepper, als getreue Trabanten und Bediente der herrschenden Klasse auch diejenigen „Herren“, welche das „edle“ Geschäft des Ausbeutens mit einer starken Dosis Unverschämtheit betreiben, an den Pranger zu stellen. Dies ist eben Pflicht der Arbeiterorgane und unserer Parteigenossen. — Es existirt hier eine Tuchfabrik, in welcher auch Mädchen beschäftigt sind, die pro Tag 36 kr., schreibe sechshund-dreißig Kreuzer (10 Sgr.), „Lohn“ erhalten. Daß ein solcher Hungerlohn bei den jetzigen Lebensmitteln- und Wohnungspreisen (4 Pfd. Brod 23 kr., ein einfaches Zimmer ohne Möbel pro Woche 36 kr.) im Entferntesten nicht hinreicht, um auch nur die nothwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen, wird selbst der verschobene „Fortschritt“ in Pforzheim, der immer nach Art der Harmonie- und Spar-Apostel von „friedlichen“ und „geegneten“ Zuständen faselt, zugeben müssen. Eine leichtfällige Gebrauchsanweisung der viel gerühmten Spar-Recepte wäre unter so bewandten Umständen mehr wie geboten. Was meinen Sie, Herr Hüsch? Etwas weiter. In der Spinnerei des oben erwähnten Fabrikbesizers arbeiten auch Mädchen. Wussten diese schon eine Zeit lang Abends bis 12 Uhr für eine Abstinenz von 3 kr. pro Ueberstunde schaffen, so gefiel es dem dortigen Meister gar, seine modernen „Schlavinne“, einmal Morgens um halb 3 Uhr schon zu wecken. In dieser Spinnerei, die einsam im Schwarzwald 1 1/2 Stunde von Billingen liegt, erhalten die Mädchen bei einem Lohn von bloß 30 kr. für eine Vergütung von 15 kr. folgendes Essen: Morgens 7 Uhr 1/2, Piter Kaffee nebst 1 Stück Brod. Bis Mittag Pause (natürlich im Essen). Mittags Suppe, Gemüse und Fleisch, was auch gerade nicht zu reichlich, um 3 Uhr ein Stück trocknen Brod und Abends Suppe und Kartoffeln mit Milch. Wurde Abends bloß bis 10 Uhr geschafft, gab es nach 7 Uhr nichts mehr zu essen, bei Ausdehnung der Arbeitszeit bis Nachts 12 Uhr gab es dann noch mitunter Kaffee. Welche humanen Zustände! Und da wagen feile Lohnschreiber gegen die Sozialdemokraten zu ziehen, welche allem diesem Hunger, dieser menschenunwürdigen Behandlung, dieser Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch Aufheben der Klassenherrschaft, des insamen Lohnsystems ein Ende bereiten wollen. Und da giebt es Arbeiter, die mit frischem Gleichmuth diese entwürdigende Sklaverei tragen, ja selbst den aufgellärteren Arbeitern hindernd in den Weg treten! Auf, Arbeiter zu Billingen, vereinigt Euch! Nehmt Euch die Arbeiter Lörachs zum Vorbild, die in fest geschlossenen Reihen die Vorkämpfer der Sozialdemokratie im badischen Oberland bilden. Es wird Zeit, daß Ihr Euch aus Kerbholz schreibt, daß nur durch Organisation und immer Organisation, durch politische und soziale Aufklärung diesen unwürdigen Zuständen ein gebührendes Ende bereitet werden kann.

Hierbei gleich ein Charakteristik eines „Redakteurs“ alias Volksebildners und zwar desjenigen vom hiesigen Lokalblatt „Schwarzwälder“. Derselbe meldet seinen gläubigen Schaaßen, daß der demokratische Verein in Mannheim jedes gemeinschaftliche Zusammengehen mit den Sozialisten abgelehnt habe. An und für sich ist das nichts Besonderes. Aber unser Freund war 48 „auch“ Freiheitskämpfer, auch Einer von denen, welche nicht die „gemäßigten“ (weißen), sondern die sozialdemokratischen (rothen) Republik forderten. (Siehe Flugblätter der Volkvereine Nr. 3, Sitzung des Mannheimer Volkvereins vom 8. März 1849.) Es ist mir unbekannt, ob Replikensonds-Stipendien, oder sonstige hohe Gnadenstrahlen Ursache dieser Gefinnungslumperei sind. Es genügt auch, den Arbeitern zu zeigen, mit was für Patronen Wahrheit und Recht zu kämpfen haben, die Arbeiter aufzufordern, voll und ganz sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, deren Organe zu lesen und zu verbreiten, um den Subelblättern unserer Gegner, der Ausbeuter jeder politischen Schattirung einen Gegenpart zu schaffen. Mit sozialdemokratischem Gruß  
C. Schröder.

**Mannheim, 12. Dez.** Parteigenossen und Freunde im Wahlkreis Mannheim! Laut Beschluß der letzten Parteiversammlung am 6. d. M. haben wir an Stelle Sabor's, der bekanntlich ablehnte, nunmehr definitiv A. Bebel aufgestellt.

Wir brauchen nicht erst auf die Verdienste dieses Arbeitervertreter's aufmerksam zu machen, um Euch zu veranlassen, ihm Eure Stimme zu geben. Hubertusburg ist die beste Empfehlung.

Arbeiter! Neue Candidaten wird man Euch vorschlagen, prüft sorgfältig und Ihr werdet am 10. Januar Niemand anders als dem Arbeitercandidaten Drechsler August Bebel zur Zeit in Hubertusburg Eure Stimme geben müssen.

Im Auftrage des Wahlcomitö's: J. J. Ehrhart, B. 5, Nr. 17 1/2, wozu auch alle Briefe, die Wahlagitirung betreffend, zu senden sind.

**Constanz, 9. Dezember.** Kommen da in Constanz einige „verbildete“ und „ungebildete“ Leute zusammen, die zusammen genommen die sogenannten „Bildungsvereine“ vorstellen und halten „Verbandstag“. Welches welterschütternde Ereigniß! Die Arbeiterfrage wird durch bödsinniges Geseßel von „Sparen“, deutscher „Einheit“, „Mannestrast“, „Bildung“ und „Freiheit“ gelöst. Solchen Unsinn, wie er bei diesem Verbandstag von Seite Einziger zu Tage gefördert worden ist, können eben nur Solche anhören, welche im ganzen Leben weiter nichts als gegessen, geschlafen und wie Maschinen gearbeitet haben. Jedem denkenden Arbeiter mag bei dem kolossalen Blödsinn, den z. B. ein Herr Knecht (!) vom Stapel ließ, die Schamröthe ob solcher Arbeiter ins Gesicht gestiegen sein. Genannter verließ sich zu folgender, seine ganze Ignoranz charakterisirenden Aeußerung: „Die Sozialdemokraten wollen nur faulenzeln, Streike machen, Champagner kaufen, Droschke fahren“ etc. etc. Doch halt! Das Riechfläschchen her, damit wir nicht in Ohnmacht fallen! Wir müssen uns erst die Augen reiben, wie der Bauer Michel im Kalender des „hinlenden Voten“ vom Jahr, um dieses Wunder einer Sozialistenschreibung anschauen zu können. Selbstverständlich verließ bei Ausbruch oben erwähneter Irrsinn-Anfälle ein großer Theil der Anwesenden das Lokal, nachdem den Sozialisten auf die gemeinste und feigste Art das Wort verweigert wurde, und Herr Knecht hatte das Bergnügen, von seines Gleichen kellaßt zu werden. Als Antwort beriefen wir am Montag, den 1. Dezember eine Volksversammlung ein, die trotz mangelhafter Bekanntmachung durch die Dröschkelle, da uns Buaquender und Lithographen den Druck von Plakaten verweigerten, gut besucht war und in der Hilbert aus Zürich die Bestrebungen der Sozialdemokratie klarlegte. Er geißelte scharf das knabenhafte Benehmen der Bildungsvereiner und wies scharf und verständlich die Mittel und Wege zur Besser- resp. Gleichstellung des Proletariats mit allen übrigen Staatsbürgern nach. Ungeheiltes Dröschfall lobnte den Redner. Trotz mehrmaliger Aufforderung des

Vorsitzenden meldete sich keiner der Sozialistenfreier zum Wort, ihre Charakterlosigkeit dadurch glänzend an den Tag legend. Eine zum Besten des Reichstags-Wahlfond veranstaltete Sammlung ergab die Summe von 4 fl. Wir erwarten von den Constanzer Arbeitern, daß sie sich zahlreicher als bisher an unsern Versammlungen betheiligen und der sozialdemokratischen Partei beitreten werden. Mit sozialdemokratischem Gruß  
G. Riegel, Schriftführer.

### Zum Reichstagswahlfond.

Zur Wahl Friedrich's von Elnr, Coblenz Lhr. 3 5 2. Scallus der Nothen hier 7 Gr. 5 Pf. Von den Arbeitern einer Instrumentenfabrik hier Lhr. 1 17. Von der Genossenschaftslehre hier 5 Lhr. Durch C. Müller, Wien, 4 Lhr. Gesammelt in einer Gesellschaft deutscher Arbeiter durch A. Blümler in Zürich Lhr. 5 15.

### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilsheine bez. Antheilsantlagen ertheilen femer: In Leipzig: S. Schöng Lhr. 2, in Göttingen A. M. 1, B. M. 1, W. E. 1, G. S. 1, W. D. 1, F. K. 1, W. M. 1, S. K. 1, G. K. Arb.-Ver. 1, G. W. 1, W. B. 1.

### Briefkasten

der Redaktion: Für Scheil liegt ein Brief bei uns und ersuchen wir denselben um seine Adresse. M. K. in Chemnitz: Wird gelegentlich verwannt; wir haben für den S. C. sehr viel Stoff in petto. der Expedition. Als Bractur a. d. E. Ann. 10 Gr., Schr. Gr. 22 5. Cigarrenarbeiterverein hier Ann. 5 Gr. Cuenzi Plagwitz Ag.-Ar. Lhr. 1 3. Lhr. Connewitz Schr. 20 Gr. Ethl. Weithain Ann. 9 Gr. Elnr Coblenz Schr. Lhr. 8 5 2. Pötscherverein Berlin Ann. Lhr. 2 2. Rupp Nolda Schr. 1 Lhr. Lhr. Friedersdorf Schr. Lhr. 1 22. Lhr. Rochitz Ag.-Ar. 10 Gr. Kreisler Lausitz Schr. 14 Gr. Schr. Johann-Georgenstadt Schr. 7 Gr. Strum hier Schr. 20 Gr. Schölg hier Schr. 9 Gr. Rühr Stötteritz Ag.-Ar. 15 Gr. Hrn. Eberfeld Ann. 9 Gr. Hrn. Deutsch-Neudorf Schr. Gr. 10 5. Erchebt Kuntowan Schr. 12 Gr. Münd. Jitta Ag.-Ar. Lhr. 6 20. Lhr. Remmen Schr. 18 Gr. Endes Greiz Schr. Lhr. 2 22 6. Ruar Leipzig Schr. Lhr. 1 6. Wäffe Bürgburg Ag.-Ar. Lhr. 3 10. Mr., Wien Ab. 4. Du. Lhr. 1 20.

### Anzeigen etc.

**Dresden** **Allgemeiner deutscher Töpferverein.** Vorsitzender: L. Schmelzer, Dresden, Rosenweg 61, 2. Etage. Kassirer: K. Langsch, Dresden, Leutichenstraße 63, Hinterhaus, 1. Etage.

**Dresden** **Arbeits- & Wohnungsnachweis** von C. J. Evans im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [19]

**Gilberfeld-Barmen** Sonntag den 21. Dezember, Abends 5 Uhr: Mitglieber-Versammlung bei Herrn Caspers, Gaspelebrücke. Alle Parteigenossen sind dringend eingeladen. Neue Adresse: Koll Nr. 3, Hinterhaus.

**Hamburg** **Genossenschaft der Holzarbeiter.** Mittwoch, den 10. Dez., sowie jeden Mittwoch Abends 9 Uhr: Versammlung im Lokale des Hrn. Eckhardt, Schoppenstahl 22. A. Wendt.

**Leipzig** **Versammlung der Schneidergehülfen** im „Leipziger Saal“, Kreuzstraße. — Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiter“. Referent: Bles. Alle Arbeiter, vorzüglich die Wahlberechtigten, werden zu zahlreicher Theilnahme aufgefordert. Das Comité.

**Leipzig** **Wahlcomitö des 12. sächs. Wahlkreises.** Donnerstag den 18. Dezember, Abends 8 Uhr: Sitzung bei Habich, wozu die Comitemitglieder des 13. Wahlkreises eingeladen sind.

**13. sächsischer Wahlkreis.** Sonnabend, den 20. Dez., Abends 8 Uhr: Wähler-versammlung im Gasthaus des Herrn Müller.

**Gohlis** Montag den 22. Dezember, Abends 8 Uhr: Wähler-versammlung in der „Oberschule“.

**Reuschönefeld** Sonntag, den 21. Dezember, Nachmittags halb 4 Uhr: Volksversammlung im „Wegschlößchen“. — Tages-Ordnung: „Die Reichstagswahlen und die Vertretung des 18. Wahlkreises.“ Das Wahlcomitö.

### Achtung!

Wir warnen hiermit Jedermann vor dem Töpselgesellen Oskar Klausenwicz, angeblich aus Groß-Glogan. Derselbe war hier Vereinsmitglied und hat sich am 6. Dezember von hier heimlich entfernt und 17 Thaler Schulden, theils für Kost und Logis, theils aber von Kollegen und Lehrbüchern gelehrt, hinterlassen. Dieses bringt zur Kenntniss Die Mitgliedschaft des Allg. Deutschen Töpfervereins zu Reichenbach. J. W. J. Gletsberg, Brossim.

**22. sächsischer Wahlkreis!** Um Einberufung von Versammlungen auf dem Lande für den 25. Dezember und folgende Tage ersucht Das Central-Wahlcomitö zu Reichenbach.

### Für Reichenbach.

#### Filial-Expedition betr.

Mit Ende d. M. erücht die hiesige Filial-Expedition. Im neuen Jahre finden nur Post-Abonnements durch Vorauszahlung statt, weshalb die geehrten Leser hiermit ersucht werden, die Beträge für das vierte Quartal 1873 erst im Januar zu bezahlen, dafür aber fröhlich in diesem Monat das Abonnement für das erste Quartal 1874 oder doch mindestens für Monat Januar erneuern zu wollen. Die Mütter werden gleichfalls für 2 Sgr. ins Haus besorgt. Robert Müller.

**Die Filialexpeditionen** werden dringend aufgefördert, schnelligst Geld, sowohl für Abonnement 4. Quartal, als für Schriften einzusenden.

### Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Besantw. Redakteur: M. Freiger. (Redaktion und Expedition Beberstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.